



Ihr/e Gesprächspartner/in: Ria Roth, Martin Metz, Wolfgang Haacke, Gabriele Gassen

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, FV, BRB, FB 4, FB 2

Federführung: FB 4

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am: 12.10.2022 vB

Anfrage

Datum: 12.10.2022

Drucksachen-Nr.: 22/0472

Beratungsfolge

Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration

Sitzungstermin

18.10.2022

Behandlung

öffentlich /

Anstieg von Wohngeldanträgen

Die Bundesregierung plant aufgrund der steigenden Energiepreise ein Wohngeld-Plus-Gesetz. Demnach wird das Wohngeld erhöht und der Empfängerkreis deutlich ausgeweitet. Dieses Gesetz wird zu einem deutlichen Anstieg von Wohngeldanträgen in den Kommunen führen. Der Deutsche Städtetag geht von einer Verdreifachung der berechtigten Personen aus. In der Annahme, dass das Gesetz ab 01.01.2023 in Kraft treten wird, stellen sich der GRÜNEN Fraktion folgende Fragen:

1. Wie viele Bezieher/-innen von Wohngeld gibt es in Sankt Augustin bezogen auf Personen und Haushalte?
2. Mit welcher Anzahl von Neuantragsteller/-innen kalkuliert die Stadtverwaltung für das Jahr 2023?
3. Wie viele Mitarbeiter/-innen der Verwaltung (Vollzeitäquivalente) sind mit der Aufgabe der Bearbeitung von Wohngeldanträgen betraut?
4. Wurde seitens der Verwaltung bereits ein Szenario entwickelt, wie insbesondere zum Jahresanfang die große Anzahl der zu erwartenden Wohngeldanträge adäquat bearbeitet werden kann?
5. Gibt es eine Schätzung über die Höhe der zusätzlichen Kosten für Personal und Infrastruktur?

gez.Ria Roth gez.Martin Metz gez.Wolfgang Haacke gez.Gabriele Gassen